



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Europawahl gutes Signal für den 27. September

Versuch der SPD, mit Steuergeldern Wahlsiege zu erkaufen, ist gescheitert!

Wir freuen uns über den Erfolg bei der Europawahl und gratulieren allen Europaabgeordneten der CDU/CSU, allen voran unseren sechs wiedergewählten Kollegen von der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg die nun unter Führung ihres Vorsitzenden Rainer Wieland weiter mit kraftvoller Stimme in Brüssel und Straßburg die Interessen unseres Landes in Europa vertreten werden.

Unsere Glückwünsche gehen auch an alle unsere Freunde und Partner der anderen EVP-Parteien. Die Wahl hatte ein klares Ergebnis: In fast allen Staaten haben unsere Freunde von der EVP sehr viel besser abgeschnitten, als die Parteien der sozialdemokratischen Fraktion. Der Trend in ganz Europa ging klar in Richtung christliche Demokraten. Damit können wir auch in Zukunft im Europaparlament die Geschicke der Europäischen Union maßgeblich mitgestalten. Das Wahlergebnis ist nicht nur eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der Union in Brüssel, sondern auch unserer bald vierjährigen Arbeit in der Großen Koalition in Berlin. Besonders erfreulich ist für uns alle das hervorragende Abschneiden der CSU. Das ist Ansporn auch für die kommende Bundestagswahl. Wir werden alles daran setzen, unsere Resultate weiter zu verbessern und mit der FDP zusammen eine bürgerliche Mehrheit zu bilden.

Das Wahlergebnis zeigt deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger wissen genau, wer auch in schweren Zeiten ihre Interessen vertritt und gute Politik für unser Land macht, anstatt, wie die SPD, den Wahlkampf vorzeitig zu eröffnen. Wir verstehen dieses Wahlergebnis als Aufforderung, weiterhin mit ganzer Kraft daran zu arbeiten, die aktuelle Wirtschaftskrise so schnell wie möglich zu ü-

berwinden und unser Land gestärkt in die Zukunft zu führen. Daher werden wir Staatshilfen mit Augenmaß einsetzen: Wir sind erleichtert, dass dank der staatlichen Unterstützung mit dem Zulieferungsunternehmen „Magna“ ein privater Investor für Opel gefunden werden konnte. Damit ist die Gefahr gebannt, dass Opel in den Strudel der Insolvenz seiner amerikanischen Mutterfirma General Motors gerät. In diesem Fall wären uns die Hände gebunden gewesen, sämtliche Entscheidungen hätten dem amerikanischen Insolvenzverwalter obliegen. Dank der nun gefundenen Lösung ist sichergestellt, dass auch die zur Überbrückung notwendige Staatshilfe ausschließlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland verwendet wird.

Anders als bei Opel standen hinter dem Arcandor-Konzern solvente inländische Investoren, die sich jedoch selbst nicht bereiterklärten, die drohende Insolvenz abzuwenden. Darüber hinaus war Arcandor bereits lange vor Beginn der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in Schieflage geraten, während Opel zum Stichtag, dem 1. Juli 2008, ein intaktes Unternehmen mit tragfähigem Geschäftsmodell war. Aus diesen Gründen hat sich der Einsatz von Steuergeldern für den Kaufhauskonzern verboten. Es kann nicht Aufgabe des Steuerzahlers sein, unternehmerische Fehlentscheidungen aufzufangen – auch nicht in Wahlkampfzeiten.

Es ist eine Illusion zu glauben, der Staat und damit der Steuerzahler könnte an die Stelle privater Unternehmer und Investoren treten. Die SPD und ihr Kanzlerkandidat Steinmeier sind zu Recht mit ihrem Versuch gescheitert, sich durch Angriffe auf die Kanzlerin und den Bundeswirtschaftsminister zu profilieren und die Gesellschaft zu spalten.

Zitat der Woche

«Ein Grund, warum es gut ist, dass sie wieder in die Regierung kommen, ist auch, dass sie nicht mehr das Blaue vom Himmel versprechen können.» Angela Merkel über eine mögliche Beteiligung der FDP an einer unionsgeführten Bundesregierung

Andenken an 17. Juni 1953

In dieser Woche haben wir der Teilnehmer und Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedacht. Ihr Andenken mahnt uns, jegliche Form des Totalitarismus entschieden zu bekämpfen. Vor 56 Jahren begann mit Streiks und Demonstrationen der Aufstand gegen die SED-Diktatur. Am 17. Juni 1953 schlossen sich im ganzen Land über eine Million Menschen den Protesten an und forderten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. Nur mit massivem Einsatz von Polizei und sowjetischer Armee konnten die sozialistischen Machthaber den Aufstand niederschlagen. Wenn die Linkspartei heute „Freiheit durch Sozialismus“ fordert, zeigt das nicht nur die Geschichtsvergessenheit dieser Partei, sondern offenbart auch, dass sie bis heute einer veralteten Ideologie anhängt, die nicht Freiheit, sondern Zwang und Unterdrückung bedeutet.

Union setzt sich bei Kinderpornografie-Sperre durch

Durch die Sperrung kinderpornographischer Seiten im Internet wird der Kampf gegen dieses Verbrechen um präventive Maßnahmen ergänzt. Zufällige Besuche auf diesen Seiten werden durch eine Stopp-Seite verhindert. Wichtig war der Union dabei, dass Nutzer, die z.B. durch Links in spam-mails auf diese Stopp-Seite gelangen, nicht mit Strafverfolgung rechnen müssen. Die Daten, die an der Stopp-Seite anfallen, dürfen für die Strafverfolgung nicht genutzt werden. Damit konnten wir Vorstellungen des SPD-geführten Justizministeriums verhindern. Zudem wurde beschlossen, dass Gesetz nach zwei Jahren auf seine Wirksamkeit zu überprüfen. Das ist moderne Gesetzgebung, wenn man mit einer zukunftsfähigen Regelung Neuland betritt.

Bürger entlasten – Kaufkraft stärken

Mit dem Bürgerentlastungsgesetz hat der Bundestag die größte steuerliche Entlastung dieser Wahlperiode beschlossen. Mit den Neuregelungen zur Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen wird vor allem die Vielzahl der Leistungsträger in unserer Gesellschaft unterstützt. Dabei gelten die Neuregelungen gleichermaßen für gesetzlich und privat Krankenversicherte und Pflegeversicherte. Auch können privat Krankenversicherte nun erstmals die entsprechenden Beiträge für

ihre mitversicherten Kinder steuerlich vollständig absetzen. Die Entlastung der Familien und Leistungsträger ist die beste Methode, um unser Land schnell aus der Krise herauszuführen.

Finanzmarktaufsicht wird gestärkt

Mit dem in dieser Woche verabschiedeten Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht sollen gezielt die präventiven Befugnisse der Finanzmarktaufsicht gestärkt sowie deren Eingriffsrechte in Krisenzeiten verbessert werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, durch zusätzliche Meldepflichten die Informationsbasis der Aufsichtsbehörden zu vergrößern, um Risikopotenziale zukünftig besser einschätzen zu können. Die geplanten gesetzlichen Änderungen sollen spätestens im Sommer 2009 in Kraft treten.

Praxisnahe Änderung des Waffenrechts

Nach dem Amoklauf von Winnenden hat die Koalition Wege für einen praxisnahen Kompromiss gesucht, der den berechtigten Forderungen der Angehörigen der Opfer von Winnenden Rechnung trägt. Gleichzeitig sollte vermieden werden, Schützen und Jäger unverhältnismäßig in ihren Rechten einzuschränken oder unter Generalverdacht zu stellen.

Um ein Mehr an Sicherheit zu erreichen, haben wir uns sehr nah an der Fallgestaltung von Winnenden orientiert. Hier tötete ein 17-jähriger mit einer Pistole fünfzehn Menschen und sich selbst. Die Schusswaffe gehörte dem Vater des Täters, der diese als Sportschütze legal besaß, jedoch nicht in dem vorgeschriebenen Waffenschrank aufbewahrte. Der Zugriff auf die Waffe war also jederzeit möglich. Solche vorsätzlichen Verstöße gegen die Aufbewahrungsvorschriften sollen zukünftig unter Strafe gestellt werden, weil sie kein Kavaliersdelikt sind. Außerdem soll die Möglichkeit der verdachtsunabhängigen Kontrolle eingeführt werden. Damit hat der Waffenbesitzer in Zukunft die Überprüfung der Einhaltung der Aufbewahrungsvorschriften – also beispielsweise das Vorhandensein eines Waffenschanks – zu gestatten. Es gilt aber nach wie vor der Grundsatz, dass gegen den Willen des Waffenbesitzers die Wohnung nur bei dringender Gefahr betreten werden darf.